

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 45.

Freitag, den 7. Juni

1889.

Bekanntmachung,

die Revision der Wahllisten für die Landtagswahlen betr.

Nach § 24 des Gesetzes, die Wahlen für den Landtag betreffend, vom 3. December 1868 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1378) ist im Monate Juni jeden Jahres eine Revision der Landtagswahllisten vorzunehmen, und haben die mit deren Führung beauftragten Organe am Anfange genannten Monats hierauf, sowie auf das jeden Betheiligten zustehende Recht der Einsichtnahme in diese Listen und auf die Nothwendigkeit, etwaige Einsprüche gegen den Inhalt rechtzeitig anzubringen, öffentlich aufmerksam zu machen.

Den Ortsbehörden des hiesigen Verwaltungsbezirkes wird dies unter Bezugnahme auf den, die Anlegung der Landtagswahllisten betreffenden Erlaß vom 16. vorigen Monats — 3739 A — zur Nachachtung hiermit eröffnet.

Meißen, am 1. Juni 1889.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung.

Die diesjährigen Grasnutzungen auf der Vogelwiese, vor der Schießmauer, auf der Wiese am Badeplatze, rechts und links an der Freiburger Straße und der Brücke, links am Mühlgraben und in den Stadtgräben sollen

Dienstag, den 11. Juni d. J.,

Nachmittags 6 Uhr,

im hiesigen Schießhause unter den daselbst bekannt gemachten Bedingungen meistbietend verpachtet werden.

Wilsdruff, am 31. Mai 1889.

Der Stadtgemeinderath.

J. B.
Funke.

Bekanntmachung.

Laut anher erstatteter Anzeige ist das bei hiesiger städtischer Sparkasse auf den Namen Carl Heinrich Seidel in Wüsthehdorf ausgestellte Einlagebuch No. 30698 dem Einleger abhanden gekommen.

Mit Hinweis auf § 18 des für die städtische Sparkasse hieselbst geltenden Regulativs wird der etwaige Inhaber dieses Einlagebuchs hiermit aufgefordert, seinen Anspruch an dasselbe, wenn er solchen zu haben vermeint, bei Verlust desselben binnen 3 Monaten vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerechnet, bei uns anzuzeigen.

Wilsdruff, am 5. Juni 1889.

Der Stadtrath.

J. B.
Funke.

Tagesgeschichte.

Berlin. Der Schah von Persien trifft am 9. Juni (am ersten Pfingstfeiertage) Nachmittags 6 Uhr hier ein. Der Kaiser wird ihn persönlich auf dem Bahnhofe empfangen und nach Schloß Bellevue begleiten, wo der Schah Wohnung nimmt. Der Aufenthalt des Schah in Berlin ist nur auf 3 Tage bemessen.

Zu den Besuchen, welche der preussische Hof im Sommer erwartet, gehört, laut einer Meldung der „Köln. Zig.“ der des Königs von Griechenland; derselbe wird sich demnächst zur Vermählung seiner Tochter nach Petersburg begeben und wahrscheinlich auf der Rückreise Berlin berühren. Man spricht noch immer von der Möglichkeit, daß Kaiser Wilhelm sich zur Vermählung seiner Schwester mit dem Kronprinzen von Griechenland nach Athen begeben könnte. Nähere Festsetzungen darüber sind indessen noch nicht eingetroffen; man wollte sogar wissen, daß mancherlei Bedenken dagegen aufgetaucht wären. — Ueber die zu erwartenden Gegenbesuche der Kaiser von Rußland und von Oesterreich-Ungarn am deutschen Hofe tauchen ebenfalls wieder allerlei Meldungen auf. Ein mit Hofkreisen in Verbindung stehender Correspondent erzählt angeblich aus zuverlässiger Quelle, daß Kaiser Franz Joseph Anfang August, nach der Rückkehr des Kaisers Wilhelm von London, den Gegenbesuch in Berlin abstaten werde. Kaiser Franz Joseph werde bei dieser Gelegenheit Kaiser Wilhelm einladen, an den Herbstmanövern in Mähren Theil zu nehmen; man erwarte die Zusage Kaiser Wilhelms. Die Monarchen werden im Schlosse des Grafen Kalnozh-Lettowich Quartier nehmen, nach dem Manöver würden die beiden Kaiser Herbstjagden in Steiermark abhalten. — Was den Besuch des Zaren betrifft, so erzählt derselbe Correspondent, daß die Reise nach Deutschland auf Ende August nach dem Manöver festgesetzt sei. Wahrscheinlich werde der König von Dänemark, der zu jener Zeit zur Hochzeit des Großfürsten Paul in Petersburg wolle, mit dem Zaren gemeinsam die Reise nach Dänemark antreten, von woaus sich der Zar nach Deutschland begeben wolle.

Den auf den Zarenbesuch bezüglichen Meldungen ist oft widersprochen worden, daß man füglich jede derartige Mittheilung, sofern sie aus irgend verlässlicher Quelle kommt, nur einfach registriren kann.

Die Herren Bebel und Liebknecht lassen in Folge von Anfragen, die an sie gerichtet worden, nochmals erklären, daß das Hauptgewicht auf die Wahl einer möglichst großen Zahl von Vertretern zum Pariser internationalen Arbeitercongreß zu legen sei. Es sei „nothwendig“ (?), daß die deutschen Arbeiter in Achtung gebietender Anzahl in Paris vertreten seien. Die Mittel seien nicht unerschwinglich. Ein Vertreter, von Berlin oder Dresden entsandt, könne die Reise nach Paris, eine zwölftägige Abwesenheit in Berechnung gezogen, für 250 Mk. unternehmen. Entschädigung für veräußerte Arbeitszeit ist dabei nicht einbeziffen. Im Ganzen würden sich danach die Kosten jedes einzelnen Vertreters auf etwa 300 Mk. stellen. Herr Bebel, der diese Summe nicht für unerschwinglich erklärt und als

die Hauptsache hinstellt, das möglich viele Arbeiter nach Paris entsandt werden, scheint von der finanziellen Lage der Arbeiter eine weit günstigere Auffassung zu haben, als der Leitartikelschreiber des „Berliner Volksblattes“, der in derselben Nummer, in welcher die Bebel'sche Erklärung veröffentlicht wird, ausführt, daß in den meisten Arbeiterfamilien ein dauerndes Deficit vorhanden sei. Ein dauerndes Deficit und dabei doch 100 Thaler eine Bagatelle! Einer Erläuterung dieser Gegenüberstellung bedarf es nicht erst. Sehr bezeichnend ist auch der Schluß: „Wünschenswerth ist, daß auch eigentliche Arbeiter mit gewählt werden.“ Welch eine löbliche Selbstironie! Man hätte bisher angenommen, daß es sich um einen Arbeitercongreß handeln sollte, und nun erfährt man, daß es nur wünschenswerth, nicht nothwendig ist, daß die Conferenztmitglieder auch eigentliche Arbeiter seien. Nun begreift sich erst recht der Haß der deutschen Socialdemokraten gegen die englischen Gewerkschaftler, die allerdings bisher stets auf ihren Congressen den „un-eigentlichen Arbeitern“ die Thür gewiesen.

Ueber die Erregung, die sich in der französischen Presse in Folge des angeblichen Besuchs Straßburgs seitens König Humberts von Italien kundgethan hat, schreibt der „Standard“ vom 29. Mai: „Die völlige Gleichgiltigkeit, mit welcher in ganz Deutschland das Schimpfen der französischen Presse über den angeblichen gemeinschaftlichen Besuch der Monarchen in Straßburg aufgefaßt worden, ist der einfache Ausdruck der Ueberzeugung, daß kein Franzose, welcher über auswärtige Politik schreibt, dies unparteiisch thun kann. In Deutschland hat man sich allmählich daran gewöhnt, derartige Schimpfereien gegen Kaiser Wilhelm und König Humbert anzusehen als etwas, was alle Tage passieren kann — als einfaches Wüthen und Toben, hinter dem aber nichts steckt: in Folge dessen haben die jüngsten Ausfälle der Pariser Zeitungen keinen Eindruck hier hervorgebracht. Des Fürsten Bismarck Erklärung in seiner großen Rede vom 11. Januar 1887, daß „Deutschland unter keiner Bedingung angreifen wird“, ist sozusagen in succum et sanguinem der Deutschen übergegangen. Derartige Angriffe, wie sie in den letzten Tagen erfolgten, lassen, wie oben bemerkt, keinen weiteren Eindruck zurück; sie müssen aber selbstverständlich die innere Entfremdung der beiden Nationen vergrößern, zumal sie das letzte Mal in der Form roher Beleidigung des Gastes auf deutschem Boden aufgetreten sind. Sollte Frankreich jemals Deutschland angreifen, so dürfen seine fortwährenden Provocationen bei der Schlußrechnung nicht vergessen werden, sondern schwer ins Gewicht fallen. Wenn übrigens die Absicht eines gemeinschaftlichen Besuchs in Straßburg je bestanden hätte, so würde dieselbe sicher ausgeführt worden sein, trotz aller ausländischen Schimpfereien.“

Weitere Nachrichten aus den Vereinigten Staaten lassen die Befürchtung aufkommen, daß die Zahl der Opfer der Katastrophe in West-Pennsylvania größer ist, als bereits angegeben. Während bisher von 8 bis 10000 Todten gemeldet wurde, steigern sich jetzt die Berechnungen über die Zahl der Umgekommenen auf 15000, und in einigen New-Yorker